

Informationen gem. Art. 13 DS-GVO über die Verarbeitung personenbezogener Daten in SOFlonline

Mit den nachstehenden Informationen trägt das Ministerium für Bildung als Verantwortlicher für das Verfahren „SOFlonline“ seiner Informationspflicht nach der Datenschutz-Grundverordnung Rechnung. Den Betroffenen werden nachstehend die erforderlichen Informationen über die im Zusammenhang mit dem Verfahren SOFlonline stattfindende Verarbeitung von personenbezogenen Daten zur Verfügung gestellt.

SOFlonline ist eine webbasierte, prozessgesteuerte Software, die die Antragstellung sowie die Bearbeitung von Anträgen auf sonderpädagogische Förderung digital abbildet. Die Software ist ausschließlich für die jeweils zuständigen, mit der Antragsbearbeitung betrauten Stellen und Personen über das Bildungsportal RLP zu erreichen. Dies sind die antragstellenden Schulen, die mit der Prüfung beauftragten und ein Gutachten verfassenden Förderschulen sowie die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) als zuständige Schulbehörde, denen die Anträge für ihren jeweiligen Prozessschritt zugewiesen werden.

Bezüglich der Prozessschritte und der Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch die jeweils zuständigen Beschäftigten der genannten Stellen siehe im Einzelnen unter **3.**

Zu den weiteren Einzelheiten und den rechtlichen Grundlagen der Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs über SOFlonline hinaus siehe die §§ 22ff. der Schulordnung für den inklusiven Unterricht an öffentlichen Schulen.

1. Verantwortliche Stelle

Ministerium für Bildung, Mittlere Bleiche 61, 55116 Mainz
Telefon: +49 (0)6131-16-0
poststelle(at)bm.rlp.de

2. Behördliche Datenschutzbeauftragte

Julia Wolffersdorf
Ministerium für Bildung, Mittlere Bleiche 61, 55116 Mainz
Telefon: +49 (0)6131-16-5552
Email: datenschutz@bm.rlp.de

3. Umfang der Verarbeitung personenbezogener Daten; Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Verfahren SOFlonline dient der digitalen Antragsstellung und Bearbeitung von Anträgen im Rahmen des Prozesses der Feststellung von sonderpädagogischem Förderbedarf.

Im Einzelnen sind folgende Schritte in SOFlonline abgebildet:

- Protokollierung der Gespräche mit den Eltern, insbesondere der vor Stellung eines Antrags durch die Schule obligatorischen Anhörung
- Erstellung eines Antrags mit Förderbericht und Unterlagen zur individuellen Förderung an der zuständigen Schule durch Schulleitung und Klassenlehrkraft
- Weitergabe des Antrags an die zuständige Förderschule in Abhängigkeit des vermuteten Förderschwerpunkts nach Prüfung durch die Schulleitung
- Zuweisung der Anträge durch die Schulleitung der Förderschule an die begutachtenden Förderschullehrkräfte
- Dokumentation von durch die begutachtenden Lehrkräfte durchgeführten Tests, Erstellung eines sonderpädagogischen Gutachtens
- Prüfung der Ergebnisse durch die Schulleitung, Weiterleitung an die ADD
Ggf.: Bearbeitung von Korrekturen / Änderungen durch die Förderschule, Anforderung eines Ergänzungsgutachtens bei einer anderen Förderschule
- Weiterleitung des vollständigen Gutachtens an die ADD

Die Entscheidung über den Förderbedarf trifft die ADD, die aus diesen Daten einen Bescheid in ihrer elektronischen Akte erstellt und die Beteiligten informiert.

Für diese Schritte ist die Verarbeitung der nachfolgenden Daten erforderlich:

I. Daten von Schülerinnen und Schülern, für die ein Antrag auf sonderpädagogische Förderung gestellt wird

- Nachname und Vorname
- Geburtsdatum
- Nationalität
- Geschlecht
- Muttersprache
- Vermuteter Förderbedarf
- Schulzugehörigkeit
- Vorschulischer Werdegang / Dauer des Kitabesuches
- Schulischer Werdegang / bisherige Schullaufbahn
- Daten zur individuellen Förderung
- Diagnostische Ergebnisse von Therapeuten, Ärzten und Fördereinrichtungen
- Ergebnisse der diagnostischen Verfahren zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs

II. Daten von Sorgeberechtigten der Schülerinnen und Schüler unter 1.

- Nachname und Vorname
- Verwandtschaftsbeziehung
- Anschrift
- Telefonnummern
- E-Mail-Adresse

4. Datenverarbeitung *durch* Beschäftigte; Verarbeitung von Daten von Beschäftigten

SOFIonline wird von denjenigen Personen, denen im jeweiligen Prozessschritt eine Zuständigkeit zugewiesen ist, namentlich durch Lehrkräfte und Schulleitungen der antragstellenden (von der Schülerin oder dem Schüler derzeit besuchte) Schule und der zuständigen, mit der Begutachtung beauftragten Förderschule, sowie durch Referentinnen, Referenten und Sachbearbeitungen von BM und ADD, verwendet.

Dies umfasst auch den fachlichen und technischen Support, die Erstellung von Statistiken über Anträge und Ergebnisse der Gutachtenerstellung, sowie die Administration durch hierfür berechnigte Personen.

Von den Beschäftigten selbst werden folgende Daten verarbeitet:

- Nachname und Vorname
- Institutions-, Schulzugehörigkeit
- Rolle innerhalb der Institution
- E-Mail-Adresse

5. Weitere Einzelheiten der Datenverarbeitung

Soweit die o. g. Daten nicht im Rahmen des Prozesses erhoben oder mitgeteilt werden, werden sie aus dem Schulverwaltungsprogramm edoo.sys RLP, dort aus dem Datenbestand der von der Schülerin oder dem Schüler besuchten Schule, übernommen.

Die E-Mail-Adresse von Beschäftigten wird verwendet, um Informationen über Änderungen hinsichtlich des Bearbeitungsstandes zu versenden. Es handelt sich um Benachrichtigungen ohne Informationen zu konkreten Anträgen oder personenbezogene Daten von Schülerinnen und Schülern mit dem Hinweis, dass in SOFIonline eine Aktivität zugewiesen wurde.

Zur Sicherstellung des technischen Betriebs, zur Fehleranalyse und Störungsbehebung werden technische Protokolldaten gespeichert. Eine personenbezogene Auswertung dieser Daten findet nicht statt. Betroffene sind die für die Antragsbearbeitung zuständigen Personen.

Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e DSGVO in Verbindung mit § 67 Abs. 1 Schulgesetz Rheinland-Pfalz (SchulG) in Verbindung mit den §§ 22ff. Schulordnung für den inklusiven Unterricht an öffentlichen Schulen, sowie mit Blick auf Personen in einem Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis mit dem Land Rheinland-Pfalz zusätzlich Art. 88 DSGVO in Verbindung mit § 20 Landesdatenschutzgesetz Rheinland-Pfalz. Die betroffenen Personen sind zur Angabe der Daten verpflichtet.

6. Empfänger und Kategorien von Empfängern

Siehe die Darstellung unter III. Teil des Prozesses sind die ADD, Willy-Brandt-Platz 3, 54290 Trier, als zuständige Schulbehörde, sowie die jeweilige, für die Schülerin oder den Schüler zuständige Schule/Förderschule. Das Pädagogische Landesinstitut, Butenschönstraße 2, 67346 Speyer, stellt mit dem Identitätsmanagement des Bildungsportals RLP die im Rahmen von SOFlonline verwendete Benutzerverwaltung bereit. Zwischen diesen Stellen dürfen Daten nach Maßgabe von § 67 Abs. 1 S.2 SchulG auch untereinander übermittelt werden.

Im Rahmen der Beauftragung des Dienstleisters „lifestyle“, Bamberger Straße 9, 63743 Aschaffenburg, mit Entwicklungsleistungen können erforderlichenfalls personenbezogene Daten an den Dienstleister als Auftragsverarbeiter nach Art. 28 DSGVO übermittelt und durch diesen eingesehen werden.

Im Rahmen des Hostings durch den Landesbetrieb Daten und Information (LDI), Valenciaplatz 6, 55118 Mainz, als Dienstleister und Auftragsverarbeiter nach Art. 28 DSGVO werden durch den LDI als Auftragnehmer personenbezogene Daten verarbeitet.

Eine Datenübermittlung in Drittländer findet nicht statt.

7. Dauer der Speicherung

Die unter III. aufgeführten personenbezogenen Daten werden wie in III. beschrieben und nur so lange gespeichert, wie dies zur Erfüllung des Zwecks der Verarbeitung erforderlich ist. Dies ist mit Blick auf die Daten von Schülerinnen und Schüler (spätestens) mit Beendigung der sonderpädagogischen Förderung bzw. der Schullaufbahn der Fall, soweit keine Aufbewahrungsfristen entgegenstehen.

8. Rechte der betroffenen Personen

Folgende Rechte der DSGVO stehen den Betroffenen bei Vorliegen der jeweiligen Voraussetzungen zu:

- Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)
- Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO)

9. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Kontaktadressen der zuständigen Aufsichtsbehörde:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Rheinland-Pfalz

Hintere Bleiche 34
55116 Mainz
E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de